

Bundeswehr raus aus Schulen und Unterricht - Kooperationsvereinbarung ersatzlos kündigen

Seit 2008 existiert in NRW die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und der Bundeswehr. Die Neufassung durch die rot-grüne Landesregierung in 2012 hat nichts Wesentliches an den Kritikpunkten geändert. Nach wie vor erweckt die Vereinbarung den Eindruck, das Schulministerium begrüße die Einladung von Bundeswehr-Jugendoffizieren in den Unterricht.

Die neu eingefügte Aussage, auch Friedensaktivist/innen könnten eingeladen werden, ist kaum mehr als ein Feigenblatt. Die strukturellen Unterschiede zwischen der professionell für diese Besuche ausgestatteten Bundeswehr und der vornehmlich ehrenamtlich arbeitenden Friedensbewegung führen zur Dominanz der Armee. Darüber hinaus ist nicht nachvollziehbar, wie ausgerechnet Armeeingehörige die Friedensgesinnung der Schülerinnen und Schüler stärken sollen, wie die Landesverfassung es als Auftrag der Schule definiert.

Um das Auftreten der Bundeswehr an Schulen ist bundesweit ein Streit entbrannt. Vor diesem Hintergrund fühlte sich die Große Koalition in Berlin veranlasst, in den Koalitionsvertrag die Unterstützung dieser Praxis ausdrücklich hineinzuschreiben.

Im 100. Jahr nach Beginn des I. Weltkriegs und 75 Jahre nach Beginn des II. Weltkriegs ist das für uns Anlass, diese einseitige, von der Politik geförderte Einflussnahme des Militärs erneut deutlich zu kritisieren und zurückzuweisen.

Der Landesjugendring NRW fordert die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf, die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr aufzulösen und die Zusammenarbeit zu beenden!

Dazu soll dieser Antrag mit einem offenen Brief mit der Bitte um Antwort an die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sowie an die Ministerin für Schule und Weiterbildung Sylvia Löhrmann weitergeleitet werden.

Zudem soll dieser Beschluss durch eine offizielle Pressemitteilung des Landesjugendrings NRW veröffentlicht werden.